Nr. 257 — 166. Jahrgang — Mittwoch, 1. November 1916

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags.

Beilagen: „Gießener Familienblätter“ und „Kreisblatt für den Kreis Gießen“.

Postscheckkonto: Frankfurt am Main Nr. 11686.
Bankverkehr: Gewerbebank Gießen.

Gießener Anzeiger

General-Anzeiger für Oberhessen

Zwillingsrunddruck und Verlag: Brühlsche Universitäts-Buch- u. Steindruckerei R. Lange, Gießen.

Schriftleitung, Geschäftsstelle und Druckerei: Schulstraße 7. Geschäftsstelle u. Verlag: 681. Schriftleitung: 112.
Anschrift für Drahtnachrichten: Anzeiger Gießen.

Mb. Deutscher Reichstag.

71. Sitzung. Dienstag, den 31. Oktober.

Am Tische des Bundesrats: Helfferich, Lisco.

Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 16 Minuten.

Kleine Anfragen.

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.) weist auf eine Entscheidung des Reichsversicherungsamts hin, wonach ein Anspruch auf Waisenaussteuer nicht besteht, wenn die Witwe vor dem Tage verstorben ist, an welchem die Waisen das 15. Lebensjahr vollenden. Er fragt an, ob diese Härte nicht beseitigt wird.

Ministerialdirektor **Caspar** erwidert, daß Verhandlungen mit den Bundesstaaten im Gange sind.

Abg. **Giebel** (Soz.) hebt in einer Anfrage hervor, daß die auf privaten Dienstvertrag in Betrieben und Verwaltungen des Reiches und der Bundesstaaten beschäftigten technischen und Bureauangestellten unter der Teuerung schwer leiden. Er fragt, ob eine Besserung der Bezüge dieser Beamten beabsichtigt sei.

Geheimrat **Roeder**: Wegen der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse, die für die auf privaten Dienstvertrag in Betrieben und Verwaltungen des Reiches und der Bundesstaaten beschäftigten technischen und Bureau-Angestellten in Betracht kommen, sind einheitliche Grundsätze über die Gewährung von Teuerungszulagen nicht aufgestellt worden. Den gegenwärtigen Bedürfnissen ist jedoch dadurch Rechnung getragen worden, daß nach Maßgabe der für die festangestellten Beamten bestehenden Grundsätze Zuschüsse gewährt werden.

Abg. **Bassermann** (nl.) fragt: Nach der Statistik des Deutschen Universitätskalenders sind auf deutschen Universitäten eine große Anzahl Russen, außerdem einzelne Engländer, Belgier, Franzosen und Italiener immatrikuliert. Ist der Reichskanzler bereit, die Grundsätze mitzuteilen, nach denen bei der Zulassung von Angehörigen des feindlichen Auslandes auf deutschen Hochschulen verfahren wird, und mitzuteilen, ob Vorsichtsmaßregeln gegen Mißbrauch getroffen sind?

Ministerialdirektor Dr. **Lewald**: Die Zulassung von Ausländern an deutschen Hochschulen ist Sache der Landesregierung. Für Preußen sind bereits Anfang 1914 über das Studium feindlicher Ausländer an den Universitäten, Technischen und Handelshochschulen Anweisungen ergangen. Der Reichskanzler hat durch Rundschreiben diese Anweisungen den Bundesregierungen mitgeteilt mit dem Ersuchen, im ganzen Reich möglichst gleichartige Anordnungen auf diesem Gebiet zu treffen. Das ist auch geschehen. Nach diesen Anweisungen sind feindliche Ausländer vom Besuch deutscher Hochschulen im allgemeinen ausgeschlossen. Die Zulassung von Ausnahmen haben sich die Regierungen vorbehalten. Für die Zulassung solcher Ausnahmen war die Erwägung maßgebend, daß es Angehörige feindlicher Staaten gibt, die schon lange Zeit in Deutschland wohnen und in Sprache, Sitte, Gewohnheit und Gesinnung als Deutsche anzusehen sind, auch wenn sie die Reichsangehörigkeit noch nicht erworben haben. Es ist Vorsorge getroffen, daß ein Mißbrauch mit diesen Einrichtungen nicht getrieben werden kann.

Abg. **Giesberts** (Ztr.) fragt an, ob der Reichskanzler bereit sei, dahin zu wirken, daß die von Arbeitervereinen, Gewerkschaften usw. eingerichteten gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen zur Rechtsberatung der Kriegsbeschädigten zugelassen werden.

General **von Langermann**: Gemeinnützige Auskunftsstellen, welche die Auskünfte unentgeltlich erteilen, sollen, soweit nicht besondere Umstände eine Ausnahme verlangen, nicht verboten sein. Dieser Standpunkt wird allgemein bekanntgegeben werden.

Abg. **Kuckhoff** (Ztr.) fragt an, ob gemeinsame Richtlinien in bezug auf die Schundliteratur und das Kinounwesen zum Schutze jugendlicher Personen erlassen werden sollen.

Ministerialdirektor **Lewald**: Der Reichskanzler ist bereit, zu geeigneter Zeit mit dem Kriegsministerium und den Bundesregierungen in Verbindung zu treten und darauf hinzuwirken, daß gemeinsame Richtlinien für einen geeigneten Schutz der Jugendlichen in bezug auf die Schundliteratur und das Kinounwesen festgestellt werden. Der Reichskanzler ist bereit, dem Reichstag die bisher ergangenen Bestimmungen mitzuteilen.

Abg. **Schwarz** (Ztr.) fragt an, ob Kommunalverbände, die Lebensmittel abgeben, der Umsatzsteuer unterliegen.

Unterstaatssekretär **Jahn**: Nach Auffassung des Bundesrats schulden die Gemeinden an sich den Warenumsatzstempel. Dem Bundesrat ist aber schon ein Antrag zugegangen, auf Grund des Ermächtigungsgesetzes zu beschließen, die Warenumsatzsteuer nicht zu erheben bei solchen Warenlieferungen, die während der Dauer der Kriegswirtschaft von Gemeinden usw. zur Versorgung der Bevölkerung erfolgen.

Zensur und Belagerungszustand.

Die Aussprache wird fortgesetzt.

Abg. **Werner-Gießen** (Deutsche Fraktion): Die Generalkommandos haben vielfach erfreuliche Erlasse ins Land gehen lassen, z. B. gegen die Antialkoholinenzbewegung, den Alkoholverkauf an Minderjährige und das Rauchen der Jugendlichen. Noch schärfer sollten die Generale gegen die Auswüchse des Kinos vorgehen. Jetzt prangt an allen Berliner Säulen ein häßliches Plakat für das Kinodrama „Rache“. So etwas sollte nicht zugelassen werden. Leider steht die Reichsregierung auf dem Standpunkt, daß der Kampf gegen das Kinounwesen Landessache sei. Ich meine, wir leben im Kriege, und im Kriege müßte das Reich Mittel und Wege haben, um die Ehebruchsdramen in den Kinotheatern ein- für allemal unmöglich zu machen. Jetzt ist im Kino das Erotische die Hauptsache. Wenn das Kino auch in Patriotismus macht, so geschieht das nur nebenher. Auch die Theater führen Stücke auf, die ein Nachlassen der Zensurmaßnahmen beweisen. Max Reinhardt bringt ein Stück von Hermann Essig, in dem gezeigt wird, wie ein deutscher Bauernsohn alles versucht, um sich vom Heeresdienst zu drücken. Wenn Essig Stücke schreiben will, so sollte er sich andere Objekte aussuchen. Die Zensur wird einseitig ausgeübt. Der Verlag Ullstein kann seine Kriegsziele entwickeln und behaupten, daß das deutsche Volk dahintersteht. Nach meiner Kenntnis der Volksseele ist das deutsche Volk mit den Kriegszielen Ullsteins nicht einverstanden. Die „Frankfurter Zeitung“, die auch die „Süddeutsche Allgemeine Zeitung“ genannt wird (Heiterkeit) kann schreiben, was sie will. Welcher Geist im „Berliner Tageblatt“ herrscht, beweist eine Buchbesprechung, in der hervorgehoben wird, daß in einer Sammlung von Kriegsliedern das Wort „deutsch“ nicht vorkommt.

Die Berichterstattung des W. T. B. gibt häufig zu berechtigten Klagen Anlaß. Selbst die Regierung ist mit den Kommissionsberichten nicht zufrieden gewesen. Wolff und Reuter sollen sogar jetzt noch in Holland eine gemeinsame Agentur betreiben. (Vizepräsident Dr. Paasche fordert den Redner auf, sich an den Beratungsgegenstand zu halten.) Jede Kritik am Reichskanzler wird auch heute noch von der Zensur als unzulässig angesehen, ganz anders war es bei den Angriffen gegen Tirpitz. Was Bülow unter „Maulhalten“ versteht, ist kein Burgfriede, das ist Friedhofsruhe. Ist ein allgemeiner Brei der öffentlichen Meinung. Man spricht von einer alldeutschen konservativen Fronde. Aber alles ist so gekommen, wie es die Alldeutschen vorher gesagt haben (Lachen links.) Auch Fortschrittler sind Mitglieder des Alldeutschen Verbandes! Gegen geistig hochstehende Führer unseres nationalen Lebens wird in der unglaublichsten Weise vorgegangen. Bei dem Heidelberger Professor Auge hat man Haussuchung abgehalten, weil man auf ganz vage Momente hin in ihm den Verfasser der Junius-Alter-Broschüre vermutete. Der Grund für den Verdacht war, daß der erste Junius Alter vor hundert Jahren auch Arnold Auge hieß. (Stürmische Heiterkeit.) Graf Reventlow, der beste deutsche Publizist, durfte unter Billigung der Zensur von der sozialdemokratischen Presse als der tolle Graf hingestellt werden. Der Abg. Bernstein hat unter Bezugnahme auf die sechs Wirtschaftsverbände von der „Raubtiernatur des Kapitalismus“ gesprochen usw. Wenn solche Dinge vorkommen, kann man nicht mehr von einer unparteiischen Zensur sprechen. Der Reichstag muß von seiner Macht Gebrauch machen, um seinen Willen durchzusetzen. Ich spreche nicht von der Budgetbewilligung im Ganzen. Aber es gibt andere Mittel, beim Etat, mit denen man einen Druck auf die Regierung ausüben kann.

Abg. **Stadthagen** (Soz. Arb.): Der Staatssekretär, der letzthin die Sklavenwirtschaft im alten Rom mit heutigen Staaten verglich, übersieht auch völlig, daß gute Gesetze nichts nützen können, wenn die Verwaltung noch ganz im Geiste des Polizeistaates lebt, wie bei uns. (Sehr wahr! bei den Soz.) Er sprach von englischen Zeitungsverboten, ohne zu sagen, daß die Aufforderung zum Munitionsstreik der Grund war. Bei uns hätte man darauf einen Hochverratsprozeß eingeleitet, jene Blätter erscheinen aber auch wieder und zwar ohne Garantien, wie man sie bei dem ungeheuerlichen „Vorwärts“-verbot verlangt hat. Man zwingt dort die Zeitungen auch nicht, durch die Bestimmung, keine Lücken zu lassen, dem Publikum vorzulügen, daß die Zensur nicht eingreift. Unsere Zensur ist ja sogar eingeschritten, als geschrieben wurde, die Ur-Ur-Großmutter des Reichskanzlers sei ein Hafenfuß gewesen. (Gr. Heiterkeit bei den Soz.) Ich dachte bisher, unsere Soldaten lassen sich unerschrocken von vorn angreifen, am Sonnabend hat man uns gesagt, daß sie nervös werden, wenn hinter ihnen französisch gesprochen wird. (Heiterkeit bei der Soz. Arb.) Die Immunitätsverletzungen gegen Abgeordnete häufen sich. Der Schuldige für die seinerzeitige körperliche Durchsuchung des Abg. Herzfeld an der Schweizergrenze ist immer noch nicht entdeckt. Anfang August wurde Abg. Herzfeld verfassungs- und rechtswidrig unter Briefsperre gestellt. Der verantwortliche Reichskanzler und seine Vertreter haben sich nicht darüber geäußert. Der Oberbefehlshaber ist mit das Instrument, auf dem die politische Polizei ihre Saiten aufzieht und spielt. Das Instrument gehorcht und weiß wohl nicht einmal, wozu es dient — zur Durchsetzung der Politik der allmächtigen politischen Polizei, vor der schon Staatssekretär Marschall die Flucht in die Oeffentlichkeit angetreten hat. Die politische Polizei ist für uns dasselbe wie die berüchtigte Staatsinquisition in Venedig. Es sind auch verfassungs- und rechtswidrige Haussuchungen bei Reichstagsabgeordneten vorgenommen worden, sogar bei dem Rechtsanwalt Herzfeld nach Beziehungen mit seinen Klienten. (Hört! Hört!) Aber es handelt sich eben um einen Mann von nicht genehmer Gesinnung. Bei den Abgg. Antrick, Haberland, Thiele wurde hausgesucht, bei letzterem nach Flugblättern gegen die Friedensmehrheit, der Thiele selbst angehört. (Hört! Hört!)

Unser Stuttgarter Genosse Crispien kommt wegen unangemeldeter Versammlungen ins Gefängnis, die Alldeutschen erhalten für das gleiche Liebesbezeugungen. Volle Rechtslosigkeit herrscht. Unter dem Aushängeschild des Oberbefehlshabers wirdet die politische Polizei jetzt in Berlin Jugendliche als Demonstranten unter dem Versprechen von Belohnung und Militärfreiheit. (Leb. hört, hört! b. d. Soz.) Der Redner schildert einen solchen Fall und sagt: Zu Ehrlosigkeiten und Schuftereien will man junge Menschen verleiten, unter der Parole: Ehrfurcht vor den Behörden! Das ist die elendste Tätigkeit, ausgeübt unter Schutz und Schirm des Belagerungszustandgesetzes.

Das Zensursystem behandelt die Presse nicht als Kulturfaktor, sondern als Bestie mit Zuckerbrot und Peitsche, um das Eigene und Menschliche, die Ueberzeugung aus den Menschen herauszubringen. Das Vorgehen gegen Reventlow und Th. Wolff, gegen „Deutsche Tageszeitung“ und „Berl. Tagebl.“ ist ungeheuerlich. Nach langem Nachdenken über die Zensuranweisungen ist einer darauf gekommen, daß W. T. B. — Warnungs-Tafel: Blödsinn heißen müsse. (Heiterkeit.) Es wird immer schlechter, man sagt uns, die Besserung komme — ja, nach dem Kriege! Nein, weg mit der Zensur und dem Belagerungszustand. Läßt man die Zensur für militärische Dinge bestehen, so hat sie zu entscheiden, was militärisch ist.

Das Verbot des „Vorwärts“ ist besonders interessant durch seine Begleitumstände. Dabei hat der „Vorwärts“ in dem beanstandeten Artikel den Kapitalisten nichts anderes vorgeworfen, als sie selbst ausgesprochen haben. Sie haben doch selbst zugegeben, daß es Industrie und Landwirtschaft nie so gut gegangen ist wie im Kriege. Damit soll der „Vorwärts“ den Burgfrieden gebrochen haben. Seit wann sind die wüsten Profitjäger eine Klasse oder eine Partei? Aus allen Poren blut- und schweißtriefend kommt jetzt das Kapital zur Welt. Der fragliche Artikel des „Vorwärts“ hat ja gar keine Entrüstung beim Zensor erregt, denn er sagt ja auch nichts Neues. Man hat nur darauf gewartet, bis man Gelegenheit fand, durch ein Verbot den „Vorwärts“ zu einem Organ der Parteimehrheit zu machen. Durch die Stellung von Bedingungen sollte dafür gesorgt werden, daß eine andere Gesinnungsrichtung im „Vorwärts“ herrschte. Der Zensor benutzte den Belagerungszustand, um den „Vorwärts“ der Fraktionsmehrheit in die Hände zu spielen. Es ist das ein unerhörter Fall. Alle Parteien sind an dieser eminent politischen Frage interessiert. (Sehr wahr! b. d. Soz. Arb.)

Das Oberkommando hat aber wiederholt erklärt, daß ihm nichts an der Entlassung der Redakteure liege, es wolle nur Garantien haben für die Einhaltung der Zensurvorschriften.

Der Redner trägt unter steigender Unruhe des Hauses die Einzelheiten des „Vorwärts“-Konfliktes vor und bespricht dabei auch den Streit in der Berliner Sozialdemokratie. Er wird vom Vizepräsidenten Dr. Paasche wiederholt zur Sache gerufen.

Abg. **Stadthagen** (fortfahrend): Es könnte mir der Vorwurf gemacht werden, daß ich den Fall des „Vorwärts“ nicht vollständig vorgetragen habe. (Stürm. Zurufe: Nein! Nein!) Ich will nur auf den Widerspruch hinweisen, daß das Oberkommando angeblich nur Garantien für die Einhaltung der Zensurvorschriften forderte, während die Offerte des Parteivorstandes viel weiter ging und sich auch auf den Inhalt des „Vorwärts“ erstreckte. Wenn man nicht an ein Fastnachtsspiel glauben will, kann man nicht annehmen, daß es dem Oberkommando mit seiner Zusicherung, eine Aenderung des Inhaltes des „Vorwärts“ liege ihm fern, ernst war.

Vizepräsident Dr. **Paasche**: Diese Einzelheiten interessieren das Haus nicht. (Zustimmung. — Abg. Ledebour: Doch! — Heiterkeit.)

Abg. **Stadthagen**: Die Alldeutschen Blätter, die eben auf politische Reinlichkeit halten, haben das Vorgehen gegen den „Vorwärts“ aufs schärfste verurteilt. Unter Ausnutzung des Belagerungszustandes ist das Blatt unterdrückt worden, das die politischen Ansichten der Berliner Genossen wiedergab. Wie tief stehen die Männer, die im Anschluß an die Haltung des Oberkommandos sich gleichfalls dazu hergegeben haben, eine politische Gesinnung zu unterdrücken. Wie die Genossen im Reich über diese Männer denken, haben sie ja deutlich zu erkennen gegeben. Dieser Fall des „Vorwärts“ war nur unter dem Belagerungszustand möglich. Daher fort mit dieser militärisch ganz überflüssigen Einrichtung. (Beifall b. d. Soz. A.-G.)

Abg. **Szuda** (Pole): Die Verhältnisse werden immer unerträglicher. Man weiß schon nicht mehr, was eigentlich erlaubt und was verboten ist. Die harmlosesten Versammlungen werden verboten. Wir Polen leiden unter diesen Verhältnissen noch mehr als andere Kreise. In den Gegenden fern vom Kriegsschauplatz kann der Belagerungszustand ruhig aufgehoben werden. Polnische Zeitungen werden nicht vorübergehend, sondern gleich für die ganze Kriegsdauer verboten. Und warum? Weil die ganze Richtung gewissen Leuten nicht paßt. In den Nachrufen der im Kriege gefallenen Polen darf die Mitgliedschaft zu einem Sokol-Verein nicht erwähnt werden. (Hört! Hört! links und im Zentr.) Man will jetzt an die Lösung der polnischen Frage herangehen. Man kann diese Frage aber nicht lösen nur für einen Teil des polnischen Volkes, ohne gleichzeitig auch auf die übrigen Volksteile Rücksicht zu nehmen. Darüber wird zu gegebener Zeit noch eingehend zu sprechen sein. Jedenfalls sollte die Regierung Maßnahmen unterlassen, die die polnische Bevölkerung schwer verletzen müssen.

Vizepräsident Dr. **Paasche** ruft nachträglich den Abg. Stadthagen zur Ordnung, weil er das Vorgehen des Oberkommandos gegen den „Vorwärts“ schofel genannt hat.

Abg. **Hauß** (Elf.): Selbstverständlich soll in Elsaß-Lothringen sich jeder der deutschen Sprache bedienen, der deutsch spricht. Aber es gibt nun einmal Landesteile mit überwiegend französischer Sprache. Die Einwohner dort müssen französisch sprechen, wenn sie sich verständlich machen wollen. Diese Bezirke werden durch das Sprachverbot schwer getroffen. 46 Jahre hindurch ist in diesen Gegenden in den Volksschulen der Unterricht in französischer Sprache erteilt worden. Und nun auf einmal soll diese Sprache verpönt sein. Sie wird doch schließlich auch in den besetzten französischen Gebieten hinter dem Rücken unserer Truppen gesprochen.

Nirgends sind weniger Verfehlungen bekannt geworden, als gerade aus den französisch sprechenden Gebieten Elsaß-Lothringens. Das Sprachenverbot wird dort als eine ungerechte Maßnahme empfunden, die die schädlichsten Wirkungen haben kann. Sogar an den Türen der Gotteshäuser hat man nicht Halt gemacht und den Geistlichen vorgeschrieben, in welcher Sprache sie das Wort Gottes verkünden sollen. (Hört, hört! im Zentrum.) Eine große Erbitterung hat sich der Bevölkerung bemächtigt. Sie übertritt das Verbot, weil sie es in dem Kampfe um die Existenz übertreten muß. In einem Kriege, in dem das Blut der Söhne Elsaß-Lothringens zum ersten Male fließt, war dieses Verbot ein Fehler, der durch keine Beschönigungsdünste gut gemacht werden kann. (Zustimmung.)

Oberst v. **Wriesberg**: Ich kann von meinen Worten nichts zurücknehmen. (Unruhe links und im Zentrum.) Das Verbot der Sprache ist auf eine Forderung der Truppen hin verfügt worden. Das Verbot richtet sich im übrigen nur gegen den herausfordernden Gebrauch der französischen Sprache. Darauf liegt der Schwerpunkt. Die Bewohner von Elsaß-Lothringen brauchen also auch in Zukunft nicht den Mund halten, sie können sich französisch unterhalten, nur nicht in herausfordernder Weise.

Abg. **Ebert** (Soz.): Die Angriffe Stadthagens auf die Leitung unserer Partei zwingen mich zur Abwehr. Stadthagen hat es für zweckmäßig gehalten, innere Streitigkeiten unserer Partei in diesem Hause vorzutragen. Solche Auseinandersetzungen gehören aber nicht auf die Parlamentstribüne. Der Reichstag ist hier nicht das berufene Forum. (Beifall b. d. Soz.) Er ist auch kein Parteitag. Die Absicht liegt klar zutage. Innere Streitigkeiten sind häusliche Angelegenheiten. Davon lassen wir uns nicht abbringen, auch nicht durch Provokationen, wenn sie auch noch so sorgfältig vorbereitet sind. (Beifall b. d. Soz., Lachen b. Soz. A.-G.) Stadthagen hat versucht, die Stellung unserer Parteileitung und unserer Fraktion zum Belagerungszustand zu diskreditieren. Unsere Stellung liegt klar zutage. Wir haben von Anfang an gegen den Belagerungszustand und die Pressezensur in schärfster Weise Widerspruch erhoben, auch gestern unser Sprecher Geck.

Unsere Parteileitung hat gegen jeden Zensurangriff auf unsere Presse Verwahrung eingelegt und Abhilfe verlangt — auch beim letzten Vorwärtsverbot. Das Oberkommando wollte es nur aufheben, wenn es Garantien für früher aufgestellte Bedingungen erhalte, d. h., daß Klassenkampf und Klassenkampf nicht mehr berührt werden, was Abg. Haase seinerzeit im Einverständnis mit Redaktion und Berliner Parteileitung zugesagt hat; Haase erklärte auch, daß die Garantie dafür dadurch gegeben werde, daß ein Redakteur und ein Parteiandsmitglied über Inhalt und Form des Blattes entscheiden. In den inneren Besprechungen war sogar vorgeschlagen worden, diesen Beiden diktatorische Gewalt zu geben. (Hört! hört!) Das war auch nötig, denn man kann doch einem Parteivorstandsmitglied, das über den Inhalt wachen soll, nicht zumuten, daß es sich täglich von der Redaktion verhauen und verprügeln lassen soll. (Stürmische Heiterkeit.)

(Die Sitzung dauert fort.)

Mb. Deutscher Reichstag.

70. Sitzung, Montag, den 30. Oktober 1916.

(Schluß.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Die offiziöse Presse, von der Dr. Röside sprach, hat Aufklärung zu verbreiten und den Regierungsstandpunkt zu vertreten. Schließlich bietet sie den Vertretern der Regierung, wenn sie persönlich angegriffen werden, Gelegenheit, diese Angriffe zurückzuweisen. Ob das mit mehr oder weniger Temperament geschieht, brauchen wir hier nicht zu untersuchen. Bezüglich der Denkschrift, die mir fälschlich zugeschrieben wurde, habe ich erklärt, daß ich sie nicht verfaßt habe, daß sie meinen Ansichten nicht entspricht. Wenn man nach dieser Erklärung dennoch behauptet, daß sie von mir herrührt, so ist als Entgegnung ein hartes Wort gewiß am Platze. (Zustimmung.) Es klang so, als ob Dr. Röside sagen wollte, man habe den Grafen Zeppelin etwas anderes sagen lassen, als er habe sagen wollen. Wir haben im Ausschusse über diese Sache gesprochen und die Zusammenhänge festgestellt. Graf Zeppelin ist Mannes genug, um seine eigene Meinung auszusprechen und sich nicht eine andere Meinung aufdrängen zu lassen. (Sehr gut!)

Es ist nun auch die Angelegenheit besprochen worden, die Herrn Ministerialdirektor Dr. Lewald betrifft. Der von Herrn Bacmeister gegen Dr. Lewald erhobene Vorwurf ist im Ausschuß als unbegründet und unwahr zurückgewiesen worden. Damit wäre die Sache erledigt, wenn nicht Herr Bacmeister in der Presse erklärt hätte, er halte seine Behauptung in vollem Umfange aufrecht. Dies hat mich zu einer Untersuchung veranlaßt, deren Ergebnis ich, da ich meine Beamten zu schützen und zu decken habe, bekannt gebe: Herr Bacmeister hat in einer im September an den Reichstag gerichteten Eingabe seine in einer Münchener Versammlung am 30. Juni erhobene Behauptung wiederholt, Dr. Lewald habe gegenüber Beiratsmitgliedern des Luftflottenvereins bei Durchsicht der Vereinssatzungen erklärt: „Das mit der Vergrößerung der deutschen Luftflotte als Ziel muß heraus aus den Satzungen. Solche Sachen haben wir genug. Der Flottenverein hat uns diesen Krieg gebracht; der Luftflottenverein will uns wohl den nächsten Krieg bringen." Herr Bacmeister bitte weiter mit, als Beiratsmitglied des Luftflottenvereins habe er sofort Veranlassung genommen, diese Aeußerung Dr. Lewalds dem Zentrum mitzuteilen. Aus den Veröffentlichungen des Herrn Bacmeister in der Presse ergibt sich, daß er seine schwere Beschuldigung gegen einen um die Förderung der Luftschiffahrt hochverdienten Beamten nicht nur in der Münchener Versammlung aufgestellt hat, sondern auch in einer für eine hochgestellte Persönlichkeit bestimmten Denkschrift.

Im Hauptausschuß hat Dr. Lewald festgestellt, daß eine Besprechung über eine Satzungsänderung des Luftflottenvereins zwischen ihm und Beiratsmitgliedern niemals stattgefunden hat. (Hört, hört!) daß vielmehr mit dieser Satzungsänderung lediglich der geschäftsführende Referent im Reichsamt des Innern, Regierungsrat Trautmann, befaßt war, der nur mit den Geschäftsführern des Luftflottenvereins Dr. Marquard und Hauptmann Neumann vom Luftflottenverein verhandelt hat. (Hört, hört!) Eine von Dr. Marquard abgegebene Erklärung entspricht der von Dr. Lewald abgegebenen. Aus dieser Erklärung ergibt sich, daß in dieser Unterhaltung, der einzigen, die zwischen dem Reichsamt des Innern und dem Luftflottenverein stattgefunden hat, keine einzige Behauptung gefallen ist, die in dem Sinne der von Herrn Bacmeister behaupteten Aeußerung gedeutet werden könnte. (Hört, hört!)

Hauptmann Neumann hat protokollarisch erklärt, daß Dr. Lewald der Unterredung nicht beigewohnt hat, daß ihm auch eine solche Aeußerung Dr. Lewalds nicht bekannt sei, und daß er auch nicht eine solche Aeußerung Dr. Lewalds Herrn Bacmeister mitgeteilt habe. Der Vorsitzende des Luftflottenvereins hat auf mein Befragen und auf Grund einer am 22. d. Mts. stattgehabten Aussprache des Vereinsvorstandes erklärt, daß die Aeußerung, die Herr Bacmeister Dr. Lewald zuschreibt und die Herr Bacmeister sofort zum Anlaß einer Mitteilung im Beirat gemacht haben will, weder im Vorstand noch im Beirat des Luftflottenvereins vorgebracht oder erörtert worden ist. (Lebhaftes Hört, hört!) Der Vorstand hat mit zehn Stimmen gegen eine bei zwei Enthaltungen die Veröffentlichung dieser Erklärung gestattet.

Ich glaube, damit ist der Fall Bacmeister erledigt. (Bewegung und lebh. Zustimmung.)

Die Abgeordneten Gröber und Dr. Müller-Meiningen sind auf die Reichstagssitzung vom Sonnabend zurückgekommen und haben besonders davon gesprochen, welche Eindrücke solche Vorgänge nach außen machen. Der Meinung bin ich auch. Wenn aber Abg. Gröber gemeint hat, daß ich diesen Eindruck hätte abmildern können, wenn ich mich in schärferer Weise der Entrüstung des Hauses angeschlossen hätte, so kann ich ihm nicht folgen. Ich darf in meiner verantwortlichen Stellung nicht Entrüstung über Leute aussprechen, die noch nicht gehört worden sind und Urteile über Vorgänge fällen, die erst unparteiisch geprüft werden müssen. Ich kann es aber auch nicht gutheißen, daß Behauptungen, deren Prüfung noch nicht abgeschlossen ist, als Tatsache in die Welt hinausgehen. Das erklärt meine Zurückhaltung; ich habe aber auch mit schärfster Verurteilung für den Fall der Bestätigung der Behauptungen nicht zurückgehalten.

Ich möchte nicht den Eindruck aufkommen lassen, der aus manchen Reden hier gesprochen hat, als ob Belagerungszustand, Schutzhaft und Zensur so eine Art deutscher Spezialität seien und als ob jedenfalls die Regelung dieser Verhältnisse bei uns ganz außerordentlich unerträglich sei als irgendwo anders in den kriegführenden Ländern. (Zuruf von der Soz. Arb.: Darauf kommt es nicht an!) Das Gegenteil ist der Fall.

Für die objektive Beurteilung dieser Verhältnisse ist es von Wichtigkeit zu wissen, wie in Ländern mit freiheitlichen Einrichtungen die Dinge während des Krieges stehen. In England war die Zensur seit Jahrhunderten abgeschafft. Gleichwohl hatte die Regierung einen scharfen Einfluß auf die politische Stellung der Presse. Sofort nach Kriegsausbruch wurde ein Reichsverteidigungsgesetz beschlossen, das viele Ergänzungen erfahren hat und dessen Ausführungsbestimmungen sehr weite Vollmachten an die Hand geben, die auf Aufenthaltsbeschränkungen, Beschränkungen des Postverkehrs, der Presse und sonstiger Veröffentlichungen abzielen. Danach darf niemand Mißstimmung gegen die Streitkräfte erregen oder die auswärtigen Beziehungen schädigen. Auch das Recht des eigenen Hauses, das den Engländern besonders heilig ist, wie es das Wort: My house is my castle, mein Haus ist meine Burg, veranschaulicht, ist dadurch beeinträchtigt worden, da das Recht der Haussuchung in umfangreichem Maße eingeführt wurde. Es genügt dazu ein Verdacht. Die Buchstaben und Betriebseinrichtungen von Druckereien können zerstört werden. Nach den Vorschriften über Festnahme oder Verhaftung kann außer der Polizei jeder Beauftragte ohne Haftbefehl eine irgendwie verdächtige Person festnehmen. Versammlungen können verboten werden, wenn Störungen der öffentlichen Ordnung befürchtet werden.

Auf dem Papier stehen alle diese Anordnungen nicht, sondern es wird sehr energisch davon Gebrauch gemacht. Die Zensur hat den „Labour leader" und die Zeitschrift „Globe" verboten, und eine Glasgower Arbeiterzeitung, die unserem „Vorwärts" entspricht, wurde wegen eines wahrheitsgetreuen Artikels verboten, weil darin eine Behinderung der Munitionserzeugung und damit ein Verstoß gegen die Reichsverteidigung erblickt wurde.

In Frankreich hat die Militärgewalt das Recht, bei Tag und Nacht Haussuchungen vorzunehmen, den Aufenthalt zu beschränken, Veröffentlichungen und Versammlungen zu verbieten. Nach Bidianis charakteristischen Auslassungen in der Kammer erstreckt sich die Militärzensur nicht nur auf militärische und diplomatische Dinge, sondern auch auf Veröffentlichungen, die Angriffe gegen Parlament und Regierung enthalten oder geeignet sind, die öffentliche Meinung über die Landesverteidigung zu beunruhigen. Die Handhabung ist äußerst streng.

Ich habe hier eine Liste von 22 Blättern, die verboten worden sind, einzelne auf 3 Monate, eins auf 6 Monate. Das sind rigorose Maßnahmen. Wir sind durchaus nicht das Land der Unkultur. Die bei uns für erforderlich gehaltenen Maßnahmen sind in anderen Ländern in mindestens derselben Schärfe angeordnet worden, und es sind dort mindestens dieselben Mißgriffe vorgekommen. Wir haben nicht den Ehrgeiz, auf diesem Gebiet an der Spitze der Nationen zu marschieren. Der Krieg legt uns große Opfer an Gut und Blut auf. Ich persönlich habe volles Verständnis dafür, daß die Opfer auf dem Gebiet der freien Meinungsäußerung mit am schwersten empfunden werden. Es ehrt unser Volk, daß es die freie Meinungsäußerung mindestens ebenso hoch und höher hält, als die Opfer an Geld und Gut. (Sehr gut!) Aber die Ueberzeugung, daß in dem jetzigen Krieg, der nicht nur mit den Waffen geführt wird, sondern wo mit allen Mitteln gerungen wird, der unser ganzes öffentliches und privates Leben nachgerade umfaßt, dem freien Wort nicht der Spielraum gegeben werden kann, wie in einer friedlichen Zeit, wurzelt nicht so selbstverständlich im Volk, wie die Ueberzeugung von der Notwendigkeit, die Waffen weiterzuführen. Das erschwert den auf diesem Gebiet verantwortlichen Instanzen ihre Arbeit.

Gerade weil wir zum deutschen Volke Vertrauen haben, wollen wir die Eingriffe auf ein Mindestmaß beschränken. Die Regierung gibt ruhig zu, daß sie in der Durchführung dieser Absicht nicht immer ganz glücklich war. (Sehr richtig!) Hoffentlich wird es in Zukunft besser. Die Grundtendenz der vorliegenden Anträge bewegt sich in der Richtung unserer eigenen Wünsche und Bestrebungen einer einheitlichen Handhabung und einer Milderung der Zensur. Der Reichskanzler ist bereit, die Verantwortung für seine Handlungen zu übernehmen und den militärischen Stellen Anregungen und Ratschläge zu geben. Ueber den Abbau der Zensur hat er mit dem Reichsverband der deutschen Presse bereits verhandelt. Die Oberzensurstelle hat an sämtliche Zensurstellen Richtlinien ergehen lassen, nach denen innerpolitische und wirtschaftspolitische Fragen keinerlei Beschränkung unterliegen und daß nur gehässige, andere Berufs- und Erwerbsstände herabsetzende Angriffe Zensurmaßnahmen zur Folge haben sollen. (Zuruf links: Kautschuk!) Das Gebiet der auswärtigen Politik kann nach der Lage nicht völlig frei sein.

In einer der wichtigsten Fragen hat sich der Reichstag selbst eine Beschränkung auferlegt. Solche Beschränkungen muß es auch für die Presse geben. Es kann in der auswärtigen Politik Konstellationen geben, in denen eine Presseäußerung großen Schaden anrichten kann. Bei uns gibt es eine Präventivzensur nur in relativ wenigen Fällen, während die französischen Zeitungen mit ihren Lücken oft ganz auseinandergerissen aussehen. (Zuruf links: Bei uns sind die Lücken verboten!) Eine gewisse Besserung der Zustände läßt sich nicht bestreiten, wenn wir natürlich auch die vorgetragenen Fälle nicht billigen können. Der Reichskanzler benutzt die Zensur nicht, um seine Person zu decken. Sonst hätte die Zensur ein weites Tätigkeitsfeld. (Heiterkeit.) Dagegen steht der Schutz der Regierung auf einem anderen Blatt. Wir sind bereit, die Mißstände auf dem Gebiet der Zensur zu beseitigen, und geben zu, daß die Absichten der obersten militärischen Stelle und des Reichskanzlers nicht überall in vollem Umfange verwirklicht worden sind. Wir werden weiter bessernd die Hand anlegen müssen. Wir können übergeugt sein, daß der Reichskanzler bei den militärischen Instanzen auch volles Verständnis finden wird. (Zurufe links: Na, na!) Auch die Regierung erkennt an, daß die deutsche Presse in diesem Kriege ihre Schuldigkeit getan hat, und die Regierung weiß, daß kein Krieg und keine Kriegsführung auf die bereitwillige und opferfreudige Mitwirkung der Presse verzichten kann. (Beifall.)

Oberst v. Wriesberg: Es ist bemängelt worden, daß in Elsaß-Lothringen ein Erlaß gegen den herausfordernden Gebrauch der französischen Sprache herausgekommen ist. Rechtlich und sachlich liegt dagegen nichts vor. Der Beschlußhaber im Operationsgebiet ist dazu berechtigt. (Zurufe links.) Deutsche Truppen stehen im heldenmütigen Kampf in der Verteidigung deutschen Landes. Diese Truppen können erwarten, daß hinter ihrem Rücken nicht eine fremde Sprache gesprochen wird. (Stürmischer Beifall. Unruhe links.)

Auf Vorschlag des Präsidenten wird die Beratung abgebrochen.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Fortschr. Vp.) bemerkt persönlich: Meine Aeußerungen mußten nicht so aufgefaßt werden, wie das der Oberst Hoffmann getan hat. Ich verstehe nicht, wie er angesichts des Wortlautes zu einer solchen Auslegung gekommen ist. Ich habe lediglich den Wunsch ausgesprochen, daß General v. Bietinghoff die Schneidigkeit, die er gegenüber der Presse betätigt hat, auch draußen im Schützengraben betätigen könne. Ich nehme an, daß er denselben Wunsch hegt; an seiner persönlichen Schneidigkeit habe ich mit keinem Wort gezweifelt. Es liegt mir überhaupt ganz fern, den Mut eines tüchtigen Soldaten, aber schlechten Politikers und schlechten Obergersfors anzuzweifeln.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung Dienstag 8 Uhr. Kleine Anfragen, Zensur und Belagerungszustand, Bericht des Ausschusses für Handel und Gewerbe.

Schluß gegen 9 Uhr.

Gießener Stadttheater.

Der Weibsteufel.

Drama von Karl Schönherr.

Der Weibsteufel ist bei seiner Erstaufführung im vorigen Jahre in Anbetracht des um ihn entbrannten Streites besonders eingehend betrachtet worden. Zu dem damals formulierten Urteil ist nichts Wesentliches nachzutragen. Es bestärkte sich nur der Eindruck, daß der Angelpunkt des Dramas nicht in dem unbefriedigten Geschlechtstriebe des Weibes, sondern in seinem Mutterschaftswillen zu suchen ist.

Die Wiedergabe des Stückes wich von der ersten Aufführung erheblich ab. Kurt Westermann vom Darmstädter Hoftheater war in der Rolle des Saugflaschenmandl dem vorjährigen Frankfurter Gaste Alois Grosmann ebenbürtig. Die Charakterzeichnung seiner Rolle war bis aufs feinste ausgestrichelt, ohne daß die einheitliche Linienführung darunter litt. Es war ein Spiel voller Vertiefung in die Seelenstimmung dieser „Kreatur Gottes", einer Vertiefung, die jeden Atemzug als Mittel zur Gestaltung auswertete und die einfachste Geste durchseelte. Ada Mahr war ihrer großen Aufgabe als Weibsteufel nur selten gewachsen. Gegen die Gestalt, die Olga Fuchs im Vorjahre erschuf, konnte sie in keiner Weise an. Ihrem Spiel fehlte der einheitliche und vor allem der große Zug. Unterbrochen stand schroff nebeneinander. Der sie vorwärts peitschende Mutterschaftstrieb wurde nur selten glaubhaft. Abgesehen davon, daß sie den Dialekt nicht beherrschte und dadurch besonders von Kurt Westermann stark abstach, verfiel sie öfter in den nichtssagenden Konversationston einer Salonplauderei. Extremlich war Max Wesolowskis Grenzjäger. Wir wissen schon im Vorjahre bei der unzureichenden Besetzung Eugen Klöpfers darauf hin, wie schwierig gerade die Führung dieser unglücklich angelegten Rolle ist, der bald einen Kraftkerl, bald einen Weichlapperich verlangt. Trotzdem gelang es Wesolowski, diese Gegensätze auszugleichen und eine Gestalt aus einem Guß zu schaffen.

Ein großer Teil des Publikums begriff erst etwa vom dritten Aufzuge an, daß es sich in einem Drama und nicht in einer Posse befand. Es bedurfte nur eines volkstümlichen Ausdrucks, um eine unbegreifliche Lachlust zu erregen. Diese Lachanfälle waren dermaßen störend, daß verschiedentlich aus der Zuhörerschaft heraus Einspruch dagegen erhoben wurde. Die allgutartige Bevorzugung des Lustspiels und der Posse scheint hier seine Einwirkung auf das Verständnis einer ernsten Darbietung zu zeigen, und eine solche ist trotz und alledem auch der Weibsteufel.

zz.

•

Eine Unterredung Ernst v. Wildenbruchs mit Bismarck.

Binnen kurzem erscheint bei der G. Groteschen Verlagsbuchhandlung in Berlin der abschließende zweite Band der Wildenbruch-Biographie, in der Professor Berthold Litzmann das Leben und Schaffen des Dichters zum ersten Male in großem Stile und unter Verwendung des reich vorliegenden, bisher noch unveröffentlichten handschriftlichen Materials zur Darstellung gebracht hat. Eine der reizvollsten Mitteilungen dieses neuen Bandes bildet die Aufzeichnung, die Wildenbruch über seine Unterredung mit dem Fürsten Bismarck am 12. Oktober 1889 hinterlassen hat. Wie ein Donnerschlag hatte ihn damals die Beanstandung der Aufführung seines Dramas „Der Generalfeldoberst" getroffen, das am Deutschen Theater in voller Vorbereitung war. Es wurde dem Dichter angedeutet, daß ein Verbot der Aufführung „wegen Unfreundlichkeiten gegen Oesterreich" so gut wie sicher sei. Natürlich versuchte der durch diese Mitteilung auf das peinlichste betroffene Dichter, das so plötzlich entstandene Hemmnis aus dem Wege zu räumen. Er wandte sich mit einem Immediatgesuche an den Kaiser, er schrieb an Herbert Bismarck und schüttete diesem sein Herz aus. Das ward wohl die Veranlassung dazu, daß Bismarck eingriff. Er beschied den Dichter zu einer Unterredung — und so fand Wildenbruch zum ersten und zugleich zum letzten Male Gelegenheit, dem gewaltigen Mann in Auge gegenüberzustehen, an dem er mit tiefster Verehrung hing. Die Aufzeichnung, die er über diese Unterredung hinterlassen hat, erschließt, wie Litzmann treffend bemerkt, in ihrer Anschaulichkeit die Individualitäten der beiden Männer, die sich da begegneten. Wildenbruch schildert zunächst seine Ankunft im Reichskanzlerpalais, die tiefe Besangenheit, mit der er der Begegnung entgegensah. Dann wird er gerufen, tritt ein —:

„Hoch aufgerichtet, im Husarenüberrock, stand er da. Mit diesem Diener betrete ich die Stelle; er sieht mich mit weit aufgetanen großen Augen an; auf seinem Gesichte ist ein wohlwollender Zug, der beinah bis zum Lächeln geht; eine unbeschreibliche wohltuende Wärme geht von der ganzen Persönlichkeit aus; ich fühle, wie meine Besangenheit schwindet und an ihre Stelle das Gefühl tritt, das Besangenheit verschlingt: Liebe. Diesen Mann muß man lieben!" Nachdem der Fürst zum Platznehmen eingeladen hat, beginnt er die Unterhaltung: „Ich bedauere, daß Sie mit Ihrem Stücke auf Schwierigkeiten stoßen. Mein Sohn hat mir mitgeteilt, wie viel Ihnen an diesem Stücke gelegen ist. Ich kenne Ihr Stück nicht, aber ich kenne Ihre anderen Stücke und schätze sie." — Ich verbeuge mich — und nie im Leben habe ich eine so ehrlich empfundene Dankesverbeugung gemacht."

„Es ist freilich schade, daß Sie in eine für uns so wenig erfreuliche Zeit gegriffen haben — denn ich weiß nicht, ob ich Georg Politik mit noch unter den dicken König stellen soll: die unwahre glücklichere Zeit gewesen — da hatten die Verhältnisse sich mehr gefärt — mein eigenes Haus in Schönhausen ist von den Kaiserlichen zerstört worden, weil sie wußten, daß wir dem Kurfürsten treu waren." „Gestatten Durchlaucht eine Bemerkung?" frage ich. Er winkt schweigend — der milde schöne Ausdruck, den das Gesicht beim Sprechen hat, weicht einem strengen, aufmerksamen. „Eben die Bedenken, die Euere Durchlaucht aussprechen, sind es es gewesen, die mich veranlaßten, das Stück nicht dem Königlichen, sondern einem Privat-Theater zu übergeben. Uebrigens glaube ich zu wissen, daß die Bedenken Sr. Majestät nicht hieraus, sondern daher entspringen, daß in dem Stücke eine Tendenz gegen Habsburg gefunden werden könnte."

Ein Ausdruck, beinah wie ein Lächeln, geht über sein Gesicht. „Hm — das wäre nun wohl — in dem Poschingerschen Buche stehen ja auch Dinge, die nicht gerade angenehm sind. Was ist denn nun Ihr Wunsch in Bezug auf das Stück?"

Im Augenblick, da ich antworten will, öffnet sich die Tür hinter mir, eine Stimme ruft: „Durchlaucht, einen Augenblick um Verzeihung — guten Tag, Papa." Herbert tritt ein in Dragoneruniform, kommt eben von dem Kaiser-Frühstück (mit dem Kaiser von Rußland) beim Alexander-Regiment. Er geht auf den Vater zu, der sich in dem Fauteuil zurücklehnt, die linke Hand mit weitgespreizten Fingern auf die Seite gedrückt, ganz wie Lenbach ihn gemalt hat — Herbert küßt ihn auf den Kopf und berichtet ihm, was gesprochen worden ist. Der Alte hört zu, unterbricht einmal mit einem „Oho" — Herbert teilt ihm für nachmittags 4 eine Einladung zum Kaiser mit — „kleine Uniform, ich lasse sie dir gleich herauslegen." „Hm — dann kann ich ja gleich die Hosen anbehalten?" „Jawohl." Herbert verabschiedet sich, indem er an mir vorübergeht, streckt er mir die Hand hin, die ich, aufstehend ergreife.

„Um die Frage Euerer Durchlaucht mit einem Worte zu beantworten", fahre ich fort, „mein Wunsch ist, daß die Erlaubnis zur Aufführung des Stückes erteilt werde."

„Hm — dann müßte ich doch aber das Stück lesen? Wollen Sie so freundlich sein, es mir zu geben?"

„Jawohl, Durchlaucht; es ist im Manuskript da, aber da ich weiß, daß ein Stück, im dickleibigen Manuskript gelesen, gelesert ist, erlaube ich mir vorzuschlagen, daß ich Ew. Durchlaucht das Stück gedruckt vorlegen darf. Ich bin bei den letzten Korrekturen und werde den Druck nach Möglichkeit beschleunigen."

„Hm — ja — ich würde in den Tagen hier, wo man immer Hofschranze sein muß, doch nicht dazu kommen; wollen Sie es mir nach Friedrichsruh schicken? Da könnte ich jeden Tag doch einige Stunden lesen."

„Jawohl, Durchlaucht, mit Freuden!"

„Ich höre immer gern von Ihnen," fährt er fort. „Sie sind der Einzige auf Ihrem Gebiete. Wenn ich früher Shakespeare gelesen habe, habe ich immer bedauert, daß unsere Geschichte nicht auch so behandelt worden ist, die doch ebenso vornehm und vielleicht die vornehmste von allen ist. Da kam denn Raupach mit seinen Hohenstaufen-Dramen — das war aber nur mäßiges Vergnügen." —

„Wollen Durchlaucht mir noch zu bemerken erlauben," unterbreche ich, „anknüpfend an das was Sie vorhin sagten, daß der Dichter, der heute auf unser realistisch gestimmtes Publikum wirken will, die Dinge so schildern muß, wie sie wirklich gewesen sind."

„Ja, Sie haben recht; und solche Stoffe wirken stark. Wie wäre es sonst möglich, daß ein doch so schwächliches Stück wie das von Kleist, der „Prinz von Homburg", so wirken könnte? Nur weil es den Großen Kurfürsten behandelt, wirkt es. Denn dieser Prinz ist doch ein schwaches Rohr — mit seiner Todesfurcht. Ich bin ja ein Laie in diesen Dingen und werde mich hüten, meine Ansicht öffentlich auszusprechen; aber ich finde seine Lustspiele besser — den zerbrochenen Krug — und — und" — „und das Käthchen von Heilbronn" war ich ein. „Ja, — das Käthchen von Heilbronn."

„Hm — in Ihren Quitzows — so schlimm war es aber nicht — Brudermord ist bei ihnen nicht vorgekommen." —

Hier schließt Wildenbruchs Niederschrift. Seine Gattin hat dazu die Bemerkung gemacht, daß er sich trotz vielfältiger Bitte nie hat entschließen können, sie fertig zu machen. Doch ist noch eine Aeußerung, die Bismarck gemacht hat, von ihm überliefert: „Die Quitzows waren Nachbarn meiner Vorfahren, der Papa hat sie gemeinsam verflucht, ihre Seelen der Hölle, ihre Leiber gemeinsam dem Fraß der Vögel des Himmels preisgegeben."